



19.4134

**Motion Herzog Verena.  
Stärkung der Kinder- und  
Jugendmedizin. Versorgungsforschung  
und Massnahmenplanung  
zur Sicherstellung der Behandlung  
von Kindern und Jugendlichen**

**Motion Herzog Verena.  
Renforcer la médecine pédiatrique  
grâce à la recherche sur l'offre  
de soins et la planification  
de mesures visant à garantir  
le traitement des enfants  
et des adolescents**

---

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.21  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.22

---

*Antrag der Mehrheit*  
Annahme der Motion

*Antrag der Minderheit*  
(Hegglin Peter, Dittli, Ettlin Erich)  
Ablehnung der Motion

*Proposition de la majorité*  
Adopter la motion

*Proposition de la minorité*  
(Hegglin Peter, Dittli, Ettlin Erich)  
Rejeter la motion

**Präsident** (Hefti Thomas, Präsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

**Graf Maya** (G, BL), für die Kommission: Ihre Kommission, die SGK-S, hat die vorliegende Motion, die Nationalrätin Verena Herzog am 25. September 2019 eingereicht und die der Nationalrat am 16. September 2021 angenommen hat, an ihrer Sitzung vom 30. Juni 2022 geprüft. Mit der Motion wird verlangt, die Versorgungsforschung in der Kinder- und Jugendmedizin zu fördern. Erstens soll der Bund periodisch eine spezifische Versorgungsforschung in Auftrag geben, namentlich zur Evaluierung des volkswirtschaftlichen Nutzens der Kinder- und Jugendmedizin. Zweitens soll das Bundesamt für Gesundheit periodisch über die Entwicklung des Versorgungsstandes Bericht erstatten. Drittens soll der Bund die Kantone bei Massnahmen zur Behebung der Unterversorgung unterstützen. Der Nationalrat hat die Motion am 16. September 2021 mit 148 zu 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Motionärin begründet die Motion unter anderem damit, dass in peripheren Regionen heute schon eine akute Unterversorgung in der Kindermedizin herrsche und sich die Situation in den kommenden Jahren auf-





grund des altersbedingten Rücktrittes von Kinderärzten und -ärztinnen sowie der steigenden Geburtenrate weiter verschärfen werde. Bund und Kantone müssten deshalb in Kenntnis der Fakten entscheiden können, welche Massnahmen zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen getroffen werden müssen. Gerade in der Kinder- und Jugendmedizin ist es wichtig, dass es nicht zu einer Unterversorgung kommt.

Auch Ihre Kommission weist darum darauf hin, dass ausgewiesene Defizite in der Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin bestehen. Diese Defizite sind während der Covid-19-Pandemie gerade in der Psychotherapie und Psychiatrie noch deutlicher geworden. Die Kommission hält deswegen verschiedene Massnahmen für notwendig, damit die Kinder- und Jugendmedizin effektiv gestärkt werden kann, und dazu gehört auch der Ausbau der Versorgungsforschung. Die Kommission begrüsst deshalb die bereits laufenden Arbeiten, mit denen bestehende Datenlücken geschlossen werden sollen. Die Kommission hat sich ausführlich darüber informieren lassen. Aus ihrer Sicht bedarf es aber vertiefter und vor allem periodischer Analysen, um die Defizite in der Versorgung nachhaltig zu verringern und zu beheben.

Ihre Kommission beantragt Ihnen deshalb mit 7 zu 3 Stimmen, die Motion auch anzunehmen. Für die Kommissionsminderheit wird sich Kollege Hegglin noch melden.

**Hegglin Peter (M-E, ZG):** Die Minderheit geht mit der Motionärin und der Mehrheit der Kommission einig: Eine Unterversorgung in der Kindermedizin ist zu vermeiden, und die zukünftige Planung des Bestandes und Bedarfs soll auf einer umfassenden Datenlage basieren. In der Beurteilung der Notwendigkeit dieser Motion kommt sie aber zu einem anderen Schluss.

Die Motion stammt aus dem Jahr 2019. Inzwischen hat sich vieles getan. Erlauben Sie mir, auf die einzelnen Forderungen einzugehen. Insgesamt stellt die Motion nämlich drei Forderungen auf.

Ziffer 1 fordert, dass der Bund periodisch eine spezifische Versorgungsforschung im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin in Auftrag geben solle. Zudem sei der volkswirtschaftliche Nutzen der Kinder- und Jugendmedizin zu evaluieren. Als Kommissionsminderheit stellen wir erfreut fest, und das hat die Kommissionssprecherin ja auch ausgeführt, dass der Bund im Rahmen seiner Kompetenzen bereits umfangreiche Massnahmen ergriffen hat. Im Bereich der Forschung analysiert etwa das vom Bund und den Kantonen getragene Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) die Versorgung in den wichtigsten Fachdisziplinen. Ein erster Bericht, der sich unter anderem der Pädiatrie und der Hausmedizin widmet, ist im Mai 2022 erschienen. Es ist bereits eine gute Evidenz vorhanden. Die Massnahmen des Bundes wurden schon entsprechend ausgerichtet, so die Nationale Strategie Sucht, die Nationale Plattform zur Prävention und Bekämpfung von Armut, die Unterstützung von ausserschulischer Arbeit und die Suizidprävention.

Weiter sind auch Aufträge an das Obsan erteilt worden, mit dem Ziel, den künftigen Bestand von und Bedarf an Fachärztinnen und Fachärzten in der Schweiz zu eruieren. Es bestehen Aufträge an Interface und an die Universität Zürich, erstens zur Erarbeitung eines Indikatorensets zur Erhebung des Gesundheitszustandes von Kindern und Jugendlichen und zweitens zur Überprüfung, inwiefern vorhandene Datenpools genutzt werden könnten, um diese Indikatoren abzudecken.

Weiter besteht auch ein Auftrag für eine Schweizer Gesundheitsstudie, eine Kohortenstudie. Dort ist ein modularer Aufbau geplant. Die Pilotstudie lief von 2017 bis 2021 mit Erwachsenen und konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Hauptstudie ist jetzt in Vorbereitung. Der Start ist für 2025 geplant. Ich gehe davon aus, dass der Bundesrat den diesbezüglichen Auftrag in der nächsten Zeit erteilen wird.

Sie hören es: Eine periodische Wiederholung der Versorgungsforschung würde, so meine ich, wenig bringen. Es sind jetzt spezifische Massnahmen zu ergreifen und anzuwenden. Periodische Versorgungsforschung würde vor allem Aufwand bringen. Wir von der Minderheit meinen, es wäre besser, Aufwand direkt zugunsten von Kindern zu treiben und nicht für spezifische Versorgungsforschung, die wiederholt würde.

Ziffer 2 will eine Berichterstattung nach Kantonen, sie will ein Setting nach Fachgebieten. Die Obsan-Studie macht, das habe ich schon erwähnt, nationale Prognosen nach Setting und Fachgebieten. Sie macht aber keine Aussagen auf kantonaler Ebene. Es wären hier Analysen zu kantonalen Ist-Situationen möglich. Dies liegt in der Kompetenz der Kantone und nicht in der Kompetenz des Bundes. Die Kantone könnten oder müssten hier entsprechend handeln.

AB 2022 S 927 / BO 2022 E 927

Mit Ziffer 3 der Motion wird verlangt, dass der Bund die Kantone mehr unterstützt. Dabei möchte ich doch festhalten, dass der Bund die Kantone schon massgeblich, vielfältig und auch finanziell sehr stark unterstützt. Ich kann folgende Bereiche erwähnen: Ausbildung, Tarife, Zulassung der Leistungserbringer, das Sonderprogramm Humanmedizin, die Schaffung von zusätzlichen Studienplätzen, die Obsan-Studie 2021, die Obsan-Studie 2022, aber auch die Finanzierung der Methodik zur Bestimmung der Versorgungsgrade und nicht zuletzt



die parlamentarische Initiative 22.431, mit welcher für Fachgebiete in Mangelbereichen Ausnahmen von der dreijährigen Tätigkeitspflicht geschaffen werden sollen.

Aus all diesen Gründen sieht die Minderheit hier keinen zusätzlichen Handlungsbedarf, sondern meint, der Bundesrat habe schon entsprechend gehandelt. Entsprechende Instrumente sind unterwegs und in Anwendung.

Die Minderheit empfiehlt Ihnen deshalb zusammen mit dem Bundesrat, diese Motion abzulehnen.

**Berset Alain**, conseiller fédéral: Cette motion, cela vient d'être rappelé, comporte des éléments de nature assez diverse. Elle charge le Conseil fédéral de réaliser beaucoup de choses différentes: de lancer des mandats de recherche, de faire des rapports par canton extrêmement détaillés et ensuite de soutenir les cantons dans les efforts visant à résorber l'insuffisance de l'offre de soins et même, à long terme, de la supprimer. Ce sont des domaines très différents. Le Conseil fédéral vous propose de rejeter la motion pour deux raisons.

La première, c'est parce que, dans le domaine de compétence de la Confédération, énormément de choses ont été réalisées. En fait, nous avons épuisé la possibilité de la Confédération d'agir dans son domaine. Si on veut aller au-delà, on devrait contrevenir à la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Si, en matière de santé, il y a un domaine qui est clairement de la compétence des cantons, c'est bien celui de l'approvisionnement en matière de soins.

Je voudrais ajouter quelques mots pour vous dire ce qui a été fait jusqu'à aujourd'hui. Nous avons un mandat "Suivi des médecins 2021 à 2025", l'Obsan, cela a été rappelé au cours du débat. Ce mandat consiste à évaluer les besoins sur le plan de l'effectif de médecins en Suisse dans les différentes spécialités médicales d'ici 2030, en travaillant sur diverses hypothèses. Evidemment, la pédiatrie est déjà aujourd'hui comprise dans cette analyse. Elle y a été incluse en 2021. Le rapport à ce sujet a été publié en mai 2022.

Nous avons actuellement une analyse qui porte sur la psychiatrie et la psychothérapie de l'enfant et de l'adolescent. Des résultats sont attendus d'ici mai 2023, et l'étude complète se poursuivra jusqu'en 2025.

Dans les domaines où la Confédération peut jouer un rôle, notamment avec les cantons, cela a été réalisé.

A côté de cela, l'Office fédéral de la santé publique met en oeuvre des mesures qui visent à améliorer la base de données sur la santé des enfants et des adolescents. Nous aurons, d'ici 2023, un ensemble d'indicateurs sur la santé des enfants et des adolescents. Cela va être mis sur pied. C'est de nouveau un travail très important, puisqu'il s'agit d'une centaine d'indicateurs pour lesquels il faudra collecter des données concernant la prise en charge médicale des enfants et des adolescents, pour mieux connaître les situations et prendre plus rapidement les décisions adéquates. Dans ce cadre, la Confédération peut apporter un soutien à la collecte de données, évidemment dans les limites de ses possibilités.

Le point suivant concerne les travaux de recherche périodique sur la santé psychique. Ces travaux sont déjà réalisés périodiquement dans le cadre de la mise en oeuvre d'un ancien postulat de votre conseil, le postulat Stähelin 10.3255, "Avenir de la psychiatrie". Dans le cadre de la mise en oeuvre de ce postulat, un bulletin de l'Obsan est publié chaque année sur la santé psychique. C'est un autre élément qui réalise une partie de ce qui est souhaité dans la motion.

Il y a également le soutien aux cantons lors de l'introduction de mesures, notamment l'investissement de la Confédération pour la formation des médecins, et également l'initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié dans ce domaine.

En conclusion, si l'on reprend les différents éléments de la motion, il est demandé au chiffre 1 que la "Confédération donne périodiquement un mandat de recherche portant spécifiquement sur l'offre de soins dans le domaine de la médecine pédiatrique" alors que nous avons déjà beaucoup d'informations à ce sujet. On ne peut pas faire grand-chose de plus.

Il est mentionné au chiffre 2: "L'Office fédéral de la santé publique établit périodiquement un rapport sur le développement de l'offre de soins dans le domaine de la médecine pédiatrique. Ce rapport présentera la situation particulière à chaque canton". Vous nous demandez de nous transformer en une autorité qui devrait récolter des informations dans 26 cantons afin de les publier. Nous partons de l'idée que ce n'est pas le rôle de la Confédération de le faire. C'est encore moins le cas pour ce qui est demandé au chiffre 3, puisque l'approvisionnement est l'affaire des cantons.

Je ne crois pas que l'on puisse dire que le Conseil fédéral prend tout cela à la légère. Au contraire, il est très engagé; cela a été rappelé au cours du débat. Ce qui peut être fait est réalisé. La Confédération est en train d'épuiser les compétences qu'elle a dans ce domaine. Elle n'est pas compétente ou elle ne devrait pas l'être pour piloter des mesures. L'analyse des effectifs cantonaux demandée ne relève pas non plus de la compétence de la Confédération.

C'est un sujet de grande importance pour lequel, il nous semble, la Confédération fait sa part. J'aimerais vous



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2022 • Zehnte Sitzung • 26.09.22 • 15h15 • 19.4134  
Conseil des Etats • Session d'automne 2022 • Dixième séance • 26.09.22 • 15h15 • 19.4134



dire que nous ne souhaitons pas de mandat complémentaire dans ce domaine et j'aimerais vous inviter à rejeter la motion et donc à suivre la minorité de votre commission.

### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 19.4134/5375)

Für Annahme der Motion ... 23 Stimmen

Dagegen ... 19 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Schluss der Sitzung um 18.50 Uhr*

*La séance est levée à 18 h 50*

AB 2022 S 928 / BO 2022 E 928

